

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Maximilian Krauss, MA (FPÖ), Mag. Ulrike Nittmann (FPÖ) und Ing. Udo Guggenbichler, MSc (FPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke) für den Gemeinderat am 27.11.2023 - 28.11.2023.

Abschaffung Valorisierungsgesetz

Die Versorgung der Wienerinnen und Wiener mit einer funktionierenden Wasser - Kanal- und Abfallwirtschafts-Infrastruktur sollte in einer mitteleuropäischen Stadt ein Grundrecht und keine Einnahmequelle der Gemeinde sein. Es ist selbstverständlich, dass jeder dazu einen Beitrag zu leisten hat. Dieser Beitrag muss aber dazu dienen, die Kosten der Infrastruktur abzudecken und nicht zur Aufbesserung des Zentralbudgets beizutragen.

Genau das ist allerdings der Fall: Seit Beschluss des Wiener Valorisierungsgesetzes werden die diversen Gebühren der Stadt Wien - darunter etwa auch Wasser, Kanal und Müll - nicht anhand der tatsächlichen Kosten berechnet, sondern nach einem gesetzlich festgelegten Wert erhöht. So wurden bereits per Jänner 2022 und Jänner 2023 die Gebühren für Wasser, Abwasser und Müll sowie die Gebrauchsabgaben erhöht. 2022 und 2023 zusammengerechnet addieren sich die daraus resultierenden Belastungen für die Konsumenten auf rund 270 Mio. Euro. Im Jänner 2024 soll eine weitere Erhöhung dieser Gebühren zustande kommen. Diese unverhältnismäßig hohe Belastung trifft vor allem die sozial Schwachen, die unter der Kostenexplosion besonders leiden. Dieser unfairen Praxis muss ein Ende gesetzt werden. Zuletzt hat diese unrühmliche Praxis auch der Vizebürgermeister und amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe „Bildung, Jugend, Integration und Transparenz“ infrage gestellt und das Aussetzen dieser Automatik verlangt.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die Abschaffung des Wiener
Valorisierungsgesetzes und gegen Gebührenerhöhungen in den nächsten fünf
Jahren aus.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

